



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/5954

**Regionalbanken schützen - Möglichkeiten zur steuerlichen Ab-
zugsfähigkeit der europäischen Bankenabgabe schaffen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2016 auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass unabhängig von einer Einigung auf europäischer Ebene das steuerliche Abzugsverbot für die europäische Bankenabgabe für kleine und mittlere Banken mit einer Bilanzsumme bis zu 10 Mrd. Euro beseitigt wird.“

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Wolfgang Fackler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 15. April 2015 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender